



# Migration

Arbeitsimmigration seit den 1950er Jahren.....	2
Material 1: Statistiken.....	4
Material 2: Statistisches Jahrbuch der Stadt Ulm 1972/73: Wohnbevölkerung Ulmer Stadtteile .....	5
Material 3: Statistisches Jahrbuch der Stadt Ulm 1985. „Wohnbevölkerung Ulmer Stadtteile“ (S. 12f.) .....	6
Material 4: Statistiken 2010.....	8
Material 5: Das „Ulmer Forum“ über ausländische Ulmer 1970 – 1984.....	10
Material 6: Ulmer Aktionstage gegen Ausländerfeindlichkeit 1993.....	12
Material 7: Der Fall Buskowoda – Mietwucher in Ulm. Auszug aus der Niederschrift über die Verhandlung des Verwaltungsausschusses des Gemeinderates vom 3. April 1962 (StA Ulm, B 122/30 Nr 1).....	18
Material 8: Aktivitäten Ulmer internationaler Kulturvereine: Zwei Beispiele .....	21
Material 9: Fotos.....	22

## Arbeitsimmigration seit den 1950er Jahren

Bereits in den 1950er Jahren wäre ohne die Arbeitskraft der Flüchtlinge und Vertriebenen in der BRD ein Arbeitskräftedefizit entstanden. „Wirtschaftswunder“ und Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen begünstigten sich wechselseitig. Doch bereits für diese Frühphase beschreibt Ulrich Herbert in seiner "Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland" ein „chauvinistisches Überlegenheitsgefühl“ der Einheimischen gegenüber den „Fremden“; der soziale Aufstieg der deutschen Arbeitskräfte erfolgte teilweise in deren Wahrnehmung durch eine „Unterschichtung“ der fremden Arbeitskräfte aus den ehemaligen Ostgebieten. Hier zeichneten sich bereits Parallelen zur Wahrnehmung der späteren ausländischen Arbeitskräfte ab. Erleichtert wurde die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen nach Herbert durch die fehlende „doppelte Unterprivilegierung als Arbeiter und Fremde“ und ihre unmögliche Rückkehr in die Heimat.

Mitte der 1950er Jahre kam es aufgrund von Landflucht, starkem Wirtschaftswachstum und der Einführung der Wehrpflicht zu ersten Überlegungen, 100.000 – 200.000 italienische Arbeiter für den Agrarbereich anzuwerben. Am 22. Dezember 1955 wurde das Anwerbeabkommen zwischen Italien und Deutschland unterzeichnet. Dieses hatte Mustercharakter für alle weiteren Anwerbeabkommen: Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit wählte gemeinsam mit der italienischen Arbeitsverwaltung Arbeitskräfte aus und wies diese dann den Anforderungen der Betriebe gemäß den Arbeitgebern zu. Die Gewerkschaften erreichten über einen Mustertarif eine tarif-, sozial- und rechtspolitische Gleichstellung der ausländischen Arbeiter um einen Lohndruck auf die deutschen Arbeitnehmer zu vermeiden. Anträge auf Familiennachzug sollten, sofern eine angemessene Wohnung vorhanden war, von den Behörden „wohlwollend“ geprüft werden. Presse und Regierungsbehörden sahen das Anwerbeabkommen als eine „vorübergehende Deckung in Spitzenzeiten“ an.

In den 1960er Jahren verursachten der Mauerbau, die Senkung von Arbeitszeit und Renteneintrittsalter sowie die geburtenschwachen Nachkriegsjahrgänge bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum eine Lücke in der Zahl der Erwerbstätigen, welche ebenfalls durch ausländische Arbeitskräfte ausgeglichen werden sollte. Arbeitsminister Blank schloss im März 1960 nach dem Vorbild des Abkommens mit Italien Verträge mit Spanien und Griechenland. Weitere Anwerbeabkommen kamen 1961 mit der Türkei, 1964 mit Portugal und 1968 mit Jugoslawien zustande. Da der Bedarf unumstritten war, fand eine öffentliche Debatte praktisch nicht statt. „Kurzfristigkeit“ war das Schlüsselwort bei allen Beteiligten, sowohl bei der deutschen Regierung und Wirtschaft wie auch bei den ausländischen Arbeitern selbst. Diese waren zwischen 20 – 40 Jahre alt, hatten eine starke Heimatbindung und waren fest überzeugt, wieder in ihre Heimat zurückzukehren.

Diese erste Generation war aufgrund dieser Kurzfristigkeit bereit, alle Arten von teilweise gefährlicher und körperlich harter Arbeit anzunehmen und zahlreiche Überstunden zu leisten. Gleichzeitig hatte sie an politischem und gewerkschaftlichem Engagement kein Interesse. Die Ansprüche der Angehörigen der ersten Generation in Bezug auf Konsum, Wohnraum und Lebensstandard waren sehr niedrig – alles war dem Ziel untergeordnet, schnell viel Geld zu verdienen und dieses in die Heimat zu schicken. Dieses Gastarbeiter - „Subproletariat“ ersetzte fehlende deutsche Arbeitskräfte in den unteren Bereichen der Arbeitsplatzhierarchie und machte so einen sozialen Aufstiegschub deutscher Arbeitnehmer möglich.

In den Ulmer Statistiken des Jahres 1961 wurden „Ausländer und Staatenlose“ nach Nationalitäten getrennt erfasst. So wuchs die Zahl der Ausländer in Ulm insgesamt von 895 im Jahr 1957 auf 2.425 im Jahr 1961 an. Die größte Gruppe bildeten in Ulm noch im Jahr 1957 die Österreicher, ihre Zahl wuchs auf 347 Personen an. Polen und Ukrainer aus Polen waren im Jahr 1957 noch die zweitgrößte Gruppe mit 110 Personen. Ihre Zahl war aber bis 1961 auf 80

abgesunken. Enorm stark gewachsen waren die Zahlen dagegen bei den in Ulm lebenden Italienern: Von 79 Personen im Jahr 1957 stieg deren Zahl bis im Jahr 1961 auf 1.102.

1962 lebten etwa zwei Drittel der Gastarbeiter in Gemeinschaftsunterkünften unter denkbar schlechten Bedingungen. Private Wohnungsvermieter sahen eine Übervorteilung von ausländischen Arbeitskräften weitgehend als „Kavaliersdelikt“ an, während diese wiederum billige Unterkünfte suchten und sich nicht zur Wehr setzten.

Seit der Mitte der 1960er Jahre trat erstmals Fremdenfeindlichkeit gegenüber Gastarbeitern als öffentliches Phänomen auf. Die NPD (welche zwischen 1966 und 1968 in sieben Landtage einzog) benutzte ausländerfeindliche Parolen in größerem Stil. In einer Presseuntersuchung gaben 51% der Befragten an, „eher gegen“ das Anwerben ausländischer Arbeitskräfte zu sein.

Mit einem Anstieg der Aufenthaltsdauer sowie der steigenden Familiennachzugsrate unter Gastarbeitern in den 1970er Jahren veränderte sich die Debatte über Vor- und Nachteile der Ausländerbeschäftigung in Deutschland. Die Auswirkungen der Ölkrise verstärkten Vorbehalte gegen die Ausländerbeschäftigung (Anspruch an Sozialkassen, Kinder im erwerbsfähigen Alter, Sinken der regionalen Mobilität). Am 23. November 1973 wurde schließlich ein Anwerbestopp verhängt.

Trotz dieses Anwerbestopps wuchs die Zahl der in Deutschland wohnenden Ausländer, 1980 lag diese um eine Million höher als 1972. Auch der Frauenanteil wuchs. Mit dem Wandel vom „Gastarbeiter“ zum „Migranten“ erwuchsen langfristige und kostenintensive soziopolitische Probleme in der BRD – aber auch in den Heimatländern der Arbeitsmigranten.

Die Zahl der in der Stadt Ulm wohnenden Ausländer war von 10.121 im Januar 1973 auf 12.587 im Dezember angewachsen. Auch die einzelnen Stadtteile wurden jetzt mit dem jeweiligen Ausländeranteil in Prozent dargestellt. Der zahlenmäßig höchste Anteil an Ausländern war in Ulm Mitte, vor allem in der Karlstraße ansässig.

1976 sah das Arbeitsministerium Problemfelder der Ausländerpolitik in den Bereichen Wohnsituation, Arbeit und Arbeitsmarkt, Familiennachzug und „Zweite Generation“ sowie im Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern. Problemverschärfend wirkte die regional stark unterschiedliche Ausländerquote, welche 1973 in Baden – Württemberg bei 16,5% lag. Vor allem in den städtischen Ballungsräumen wie Stuttgart waren bis zu 26,5% aller Beschäftigten Ausländer.

In den folgenden Jahren ergeben sich aus den Erhebungen im Statistischen Jahrbuch vor allem zwei interessante Befunde: Die Zahl der ausländischen Ulmer stieg weiter an, im Jahr 2010 leben in Ulm insgesamt 20.464 Ausländer. Doch innerhalb dieser Gruppe fand eine starke Diversifizierung statt. Während im Jahr 1957 die Aufzählung der Herkunftsländer ausländischer Ulmer nicht einmal eine halbe Seite füllte, hat diese Statistik jetzt einen Umfang von drei Seiten. Die Gruppe „Andere“ bildet mit 34% nun den größten Anteil.

Die Verteilung ausländischer Ulmer auf die Stadtteile zeigt, dass Wahrnehmung und statistische Befunde im Bezug auf den Ausländeranteil bestimmter Stadtteile nicht übereinstimmen. Während allgemein Wiblingen als der Stadtteil mit dem höchsten Ausländeranteil wahrgenommen wird, weisen die Ulmer Weststadt und der Eselsberg im Jahr 2010 tatsächlich höhere Zahlen bei der ausländischen Wohnbevölkerung auf.

## Material 1: Statistiken

### 18 Die Insassen der Ulmer Flüchtlingslager

Jahres- ende	Wil- helms- burg	Sedan- kaserne	Unterer Kuh- berg	Römer- straße	Zusammen männl.	weibl.	insge- samt	darunter Sowjetzonen- flüchtlinge
1957	3 939	2 228	653	1 014	3 615	4 219	7 834	7 736
1958	3 199	1 751	686	1 007	3 025	3 618	6 643	6 411
1959	591	1 096	-	890	1 160	1 417	2 577	2 398
1960	-	607	-	746	598	755	1 353	1 160
1961	-	132	-	730	395	467	862	633

Anmerkung: Das Lager "Unterer Kuhberg" wurde im November 1959, das Lager "Wilhelmsburg" im August 1960 aufgelöst.

## Statistisches Jahrbuch der Stadt Ulm 1961: Insassen Ulmer Flüchtlingslager

### 21 Ausländer und Staatenlose

Staatsangehörigkeit	Jahresende				
	1957	1958	1959	1960	1961
Italien	79	77	247	611	1 102
Oesterreich	189	203	240	326	347
Spanien	13	15	10	35	144
Griechenland	11	9	10	40	114
Polen einschl. Ukrainer aus Polen	110	87	76	72	80
Jugoslawien	43	47	50	44	57
Niederlande	36	36	43	51	55
Schweiz	56	61	66	64	55
Ungarn	54	48	54	60	53
Lettland	58	40	36	30	52
Frankreich	24	25	23	35	32
Großbritannien	9	11	17	34	28
Tschechoslowakei	23	17	14	13	12
Litauen	19	19	10	8	11
Schweden	1	5	7	10	6
Zusammen	725	700	903	1 433	2 148
Sonstige europäische Staaten	14	18	18	17	29
Außereuropäische Staaten	132	139	149	167	214
Staatenlose	24	19	34	33	34
Insgesamt	895	876	1 104	1 650	2 425

## Statistisches Jahrbuch der Stadt Ulm 1961: Ausländer und Staatenlose

## Material 2: Statistisches Jahrbuch der Stadt Ulm 1972/73: Wohnbevölkerung Ulmer Stadtteile

### 20 Bevölkerung, Ausländer und Privathaushalte in den Stadtteilen und Stadtvierteln

Stand: 31.12.1973

Stadtviertel/ Stadtteil	Wohn- bevöl- kerung insges.	davon		Stadtviertel/ Stadtteil	Wohn- bevöl- kerung insges.	davon	
		Auslän- der	Haus- halte (+)			Aus- länder	Haus- halte (+)
110 Altstadt	8 315	1 943	3 085	160 Söflingen Ort	3 128	513	1 161
111 Neustadt	4 007	651	1 484	161 Söflingen Süd	2 364	188	877
112 Karlstraße	1 287	247	477	162 Gleiselstetten	522	28	193
113 Michelsberg	1 760	117	652	163 Auf der Laue	1 083	178	402
114 Gaisenberg	503	80	186	164 Söflingen-Industriegeb.	788	450	292
115 Wilhelmsburg	308	161	114	165 Roter Berg	503	61	187
116 Drei Linden	151	100	56	166 Harthausen	53	-	20
11 Stadtteil Mitte	16 331	3 299	6 054	167 Söflingen Außerhalb	36	8	13
120 Oststadt	4 223	841	1 569	168 Klingensteiner Wald	20	2	7
121 Friedrichsau	51	16	19	16 Stadtteil Söflingen	8 497	1 428	3 152
122 Am Safranberg	424	55	157	170 Grimmelfingen Ort	658	60	245
123 Safranberg	1 445	125	535	171 Lindenhöhe	331	7	124
12 Stadtteil Osten	6 143	1 037	2 280	172 Grimmelfingen-Donautal	110	75	42
130 Eichenplatz	1 827	100	677	17 Stadtteil Grimmelfingen	1 099	142	411
131 Braunland West	1 094	40	405	180 Wiblingen Ort	4 736	567	1 759
132 Braunland Ost	366	3	135	181 Weihung	54	5	20
133 Böfingen-Gewerbegebiet	50	12	19	182 Fischerh. Weg-Erenlah	3 946	173	1 466
134 Böfingen Süd	1 874	95	694	183 Erenlah-Gewerbegeb.	20	6	7
135 Böfingen Mitte	1 038	51	384	184 Buchenhau	8	7	3
136 Böfingen Nord	2 807	122	1 040	185 Tannenplatz	2 206	107	819
137 Alt Böfingen	73	2	27	186 Brandäcker	-	-	-
13 Stadtteil Böfingen	9 129	425	3 381	187 Hart	4	-	1
140 Nördliche Wagnerstraße	3 305	227	1 226	188 Oesch	68	2	25
141 Blaub. Straße Gewerbegeb.	960	439	356	189 Trieb	-	-	-
142 Ehinger Tor	2 093	425	777	18 Stadtteil Wiblingen	11 042	867	4 100
143 Südl. Wagnerstraße	4 702	438	1 743	190 Westl. Daimlerstr.	765	639	284
144 Donaubastion	392	60	145	191 Donautal Aue	194	73	73
145 Galgenberg	1 155	94	429	192 Östl. Daimlerstr. Steinb.	37	2	14
146 Römerstraße-Illerstraße	1 789	115	663	193 Südl. Heuweg	1 460	1 191	543
147 Sedanstraße	637	298	236	19 Stadtteil Donautal	2 456	1 905	914
148 Kuhberg	5 173	245	1 918	20 Stadtteil Jungingen	1 901	122	707
149 Am Grimmelfinger Weg	1 968	329	730	21 Stadtteil Unterweiler	600	14	225
14 Stadtteil Westen	22 174	2 670	8 223	22 Stadtteil Mähringen	707	52	265
150 Eselsberg Ost	1 264	72	469				
151 Südl. Stifterweg	1 615	50	599				
152 Hetzenbäumle	2 290	66	848				
153 Lehrertal	1 410	74	522				
154 Wald	95	37	35				
155 Hasenkopf	482	25	179				
156 Eselsberg-West	3 345	79	1 241				
157 Schmales Wegle	810	32	300				
158 Türmle	2 008	191	745				
15 Stadtteil Eselsberg	13 319	626	4 938	Stadtkreis Ulm	93 398	12 587	34 650

Anmerkung: "Stadtviertel" entspricht der früheren Bezeichnung "Stat. Bezirk"

+ ) Zahl der Haushalte auf der Grundlage der Volkszählung vom 27.5.1970 errechnet.

Material 3: Statistisches Jahrbuch der Stadt Ulm 1985. „Wohnbevölkerung Ulmer Stadtteile“ (S. 12f.)

0207 WOHNBEVÖLKERUNG UND AUSLÄNDER IN DEN STADTVIERTELEN

Stand: 31.12.1985

Quelle: EDV-Bestandstabelle Nr. 4

Stadtviertel Stadtteil	Wohnbevölkerung			Stadtviertel Stadtteil	Wohnbevölkerung		
	ins- gesamt	Ausländer			ins- gesamt	Ausländer	
		abs.	%			abs.	%
110 Altstadt	7 512	1 638	21,8	160 Alt-Söflingen	2 444	446	18,3
111 Neustadt	3 618	712	19,7	161 Sonnenstraße	2 170	199	9,2
112 Karlstraße	1 262	427	33,8	163 Auf der Laue	2 754	172	6,3
113 Michelsberg	1 720	119	6,9	164 Söflingen-Gewerbegeb.	448	122	27,2
114 Gaisenberg	369	29	7,9	165 Roter Berg - Alt	415	39	9,4
115 Wilhelmsburg	205	13	6,3	166 Harthausen	60	-	-
11 Stadtteil Mitte	14 686	2 938	20,0	169 Roter Berg - Neu	586	7	1,2
120 Wielandstraße	3 755	700	18,6	16 Stadtteil Söflingen	8 877	985	11,1
121 Friedrichsau	31	3	9,7	17 Stadtteil Grimmelfingen	710	68	9,6
123 Safranberg	2 086	179	8,6	180 Alt-Wiblingen	3 847	549	14,3
124 Eberhardtstraße	647	46	7,1	182 Erenlah	4 001	243	6,1
12 Stadtteil Oststadt	6 519	928	14,2	183 Wiblingen-Gewerbegebiet	65	15	23,1
130 Eichenplatz	1 338	28	2,1	185 Tannenplatz	3 032	309	10,2
131 Braunland	1 179	39	3,3	186 Tannenhof	476	47	9,9
133 Böfingen - Gewerbegebiet	87	7	8,1	187 Tannenplatz Süd	1 657	142	8,6
134 Böfingen Süd	1 545	127	8,2	188 Tannenplatz Mitte	3 248	279	8,6
135 Böfingen Mitte	1 203	65	5,4	189 Tannenplatz Ost	-	-	-
136 Böfingen Ost	2 391	170	7,1	18 Stadtteil Wiblingen	16 326	1 584	9,7
138 Böfingen Nord	1 134	36	3,2	190 Daimlerstraße	397	166	41,8
13 Stadtteil Böfingen	8 877	472	5,3	193 Riedhof	178	122	68,5
140 Nördliche Wagnerstraße	3 010	464	15,4	19 Stadtteil Donautal	575	288	50,1
141 Blaubeurer Str.-Gewerbegeb.	661	211	31,9	20 Stadtteil Jungingen	2 820	164	5,8
142 Schillerstraße	1 860	483	26,0	21 Stadtteil Unterweiler	1 071	60	5,6
143 Südliche Wagnerstraße	3 628	609	16,8	22 Stadtteil Mähringen	998	11	1,1
144 Donaubastion	896	332	37,1	23 Stadtteil Eggingen	1 019	22	2,2
145 Galgenberg	1 129	90	8,0	24 Stadtteil Ermingen	1 030	27	2,6
146 Unterer Kuhberg	1 622	167	10,3	25 Stadtteil Donaustetten	1 031	53	5,1
147 Sedanstraße	439	99	22,6	26 Stadtteil Göggingen	1 839	60	3,3
148 Saarlandstraße	4 702	612	13,0	27 Stadtteil Einsingen	2 104	124	5,9
149 Mittlerer Kuhberg	1 792	353	19,7	28 Stadtteil Lehr	1 986	67	3,4
14 Stadtteil Weststadt	19 739	3 420	17,3	Ohne Zuordnung	103	24	23,3
150 Mähringer Weg	1 099	180	16,4	Stadtkreis Ulm	102 423	12 757	12,5
151 Eselsberg Mitte	3 951	273	6,9				
152 Hetzenbäumle	2 303	470	20,4				
153 Lehrer Tal	1 169	91	7,8				
154 Universität	92	5	5,4				
155 Hasenkopf	406	12	3,0				
156 Am Weinberg	1 599	54	3,4				
158 Türmlle	1 385	373	26,9				
159 Häringsäcker	109	4	3,7				
15 Stadtteil Eselsberg	12 113	1 462	12,1				

In Ulm lebten im Jahr 1980 15.374 Ausländer, doch deren Zahl ging bis 1985 auf 14.003 zurück. Im Statistischen Jahrbuch 1985 findet sich auch eine Erfassung des Ausländeranteils an den Altersgruppen von 0 – 100 Jahren: In den Altersstufen 0 – 54 Jahre verteilten sich die Zahlen gleichmäßig mit einer Spitze in der Gruppe der 35 – 40jährigen, die Zahl der ausländischen Frauen und Männer war hier in etwa gleich hoch.

Weiterhin war der größte Teil (20% aller Wohnungen) in Ulm Mitte zu verzeichnen, nun vor allem in der Altstadt und in der Karlstraße. In der Weststadt lebte die zweitgrößte Gruppe, hier waren 17,3% des Wohnraums von Ausländern bewohnt.

Die meisten der in Ulm wohnenden Ausländer 1985 waren Türken (34,1%), gefolgt von Jugoslawen (25,2%) und Italienern (15,2 %).

Zehn Jahre später, also 1995, hatte Ulm eine Einwohnerzahl von 112.808, wovon 19.497 Ausländer waren. Während die Altersverteilung sich nicht verändert hatte, finden sich Veränderungen die Wohnsitze betreffend: Die Weststadt hatte mit einem Ausländeranteil von 25,6% knapp die Ulmer Mitte (25,5%) eingeholt, in der Oststadt waren 18,1% und in Wiblingen 15,1% aller Anwohner Ausländer.

Verändert hatten sich auch die Anteile der einzelnen Bevölkerungsgruppen an der Gesamtzahl aller Ausländer. Durch eine stärkere Diversifizierung der zugezogenen Ausländer wuchs zwar die Gesamtzahl der ausländischen Ulmer, doch verteilte sich diese auf eine immer größere Zahl unterschiedlicher Nationalitäten. Immer noch die stärkste Gruppe bildeten mit 32,6% die Türken, während „Restjugoslawen“ (15,3%) aufgrund des Zerfalls Jugoslawiens nun getrennt von Bosniern (9,2%) erfasst wurden. Der Anteil der Italiener betrug nunmehr 10,7%.

## Material 4: Statistiken 2010

### 0207 WOHNBEVÖLKERUNG UND AUSLÄNDER IN DEN STADTVIERTELEN

Quelle: Bestandsauswertung Duva

Stand : 31.12.2010

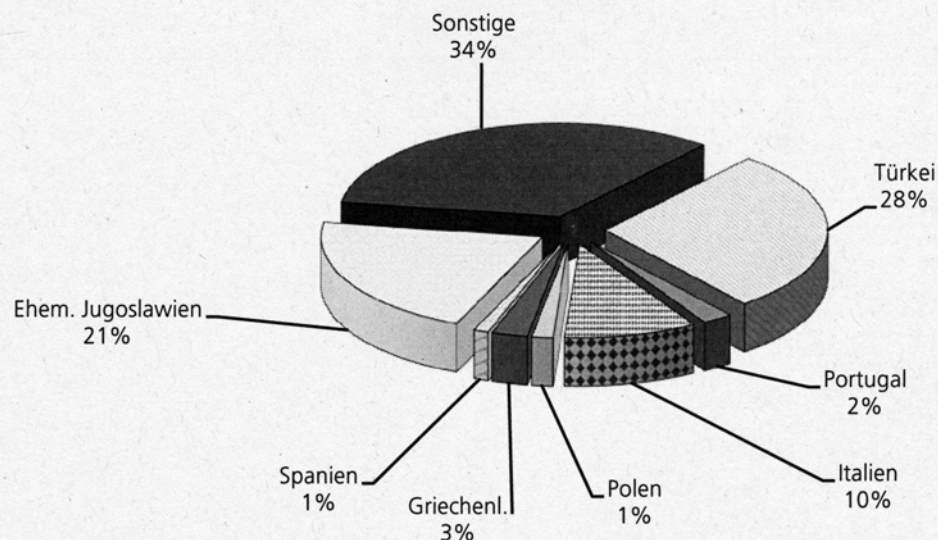
Stadtviertel Stadtteil	Wohnbevölkerung			Stadtviertel Stadtteil	Wohnbevölkerung		
	insges.	Ausländer			insges.	Ausländer	
		abs.	%			abs.	%
110 Altstadt	7.529	1.467	19,5	160 Alt-Söflingen	3.277	522	15,9
111 Neustadt	3.709	958	25,8	161 Sonnenstraße	2.115	304	14,4
112 Karlstraße	1.099	364	33,1	163 Auf der Laue	4.204	341	8,1
113 Michelsberg	1.824	187	10,3	164 Söfl.-Gewerbegebiet	472	124	26,3
114 Gaisenberg	334	35	10,5	165 Roter Berg - Alt	326	24	7,4
115 Wilhelmsburg	48	0	0,0	166 Harthausen	73	8	11,0
				169 Roter Berg - Neu	450	16	3,6
11 Stadtteil Mitte	14.543	3.011	20,7	16 Stadtteil Söflingen	10.917	1.339	12,3
120 Wielandstraße	4.424	736	16,6	17 Stadtteil Grimmelfingen	1.145	105	9,2
121 Friedrichsau	20	3	15,0	180 Alt-Wiblingen	3.570	599	16,8
123 Safranberg	1.987	352	17,7	182 Erenlahuh	3.641	703	19,3
124 Eberhardtstraße	1.253	109	8,7	183 Wibl.-Gewerbegebiet	50	17	34,0
12 Stadtteil Oststadt	7.684	1.200	15,6	185 Tannenplatz West	2.480	441	17,8
130 Eichenplatz	2.410	472	19,6	186 Tannenhof	280	27	9,6
131 Braunland	931	64	6,9	187 Tannenplatz Süd	1.145	122	10,7
133 Böfingen - Gewerbegebiet	54	2	3,7	188 Tannenplatz Mitte	3.682	525	14,3
134 Böfingen Süd	1.447	288	19,9	189 Eschwiesen	625	70	11,2
135 Böfingen Mitte	1.384	220	15,9	18 Stadtteil Wiblingen	15.473	2.504	16,2
136 Böfingen Ost	1.935	319	16,5	190 Daimlerstraße	209	109	52,2
137 Obertalfingen	1.632	238	14,6	193 Riedhof	25	16	64,0
138 Böfingen Nord	1.069	88	8,2	19 Stadtteil Donautal	234	125	53,4
13 Stadtteil Böfingen	10.862	1.691	15,6	20 Stadtteil Jungingen	3.214	158	4,9
140 Nördliche Wagnerstraße	3.030	866	28,6	21 Stadtteil Unterweiler	1.326	74	5,6
141 Blaubeurer Str.-Gewerbegeb.	420	124	29,5	22 Stadtteil Mähringen	1.188	56	4,7
142 Schillerstraße	1.974	576	29,2	23 Stadtteil Eggingen	1.333	45	3,4
143 Südliche Wagnerstraße	4.039	1.155	28,6	24 Stadtteil Ermingen	1.222	42	3,4
144 Donaubastion	1.908	529	27,7	25 Stadtteil Donaustetten	1.475	40	2,7
145 Galgenberg	1.139	129	11,3	26 Stadtteil Gögglingen	2.856	151	5,3
146 Unterer Kuhberg	1.487	213	14,3	27 Stadtteil Einsingen	2.562	147	5,7
147 Sedanstraße	1.086	142	13,1	28 Stadtteil Lehr	2.468	121	4,9
148 Saarlandstraße	5.091	1.052	20,7				
149 Mittlerer Kuhberg	1.732	248	14,3				
14 Stadtteil Weststadt	21.906	5.034	23,0				
150 Mähringer Weg	1.265	387	30,6				
151 Eselsberg Mitte	3.550	741	20,9				
152 Hetzenbäumle	2.283	732	32,1				
153 Lehrer Tal	978	160	16,4				
154 Universität	75	67	89,3				
155 Hasenkopf	2.098	246	11,7				
156 Am Weinberg	1.650	175	10,6				
157 Wanne	2.004	275	13,7				
158 Türmle	989	266	26,9				
159 Häringsäcker	2.434	388	15,9				
15 Stadtteil Eselsberg	17.326	3.437	19,8	Stadtkreis Ulm	117.734	19.280	16,4



**Abb. 5 Ausländer nach Nationalitäten**

Quelle: Bestandauswertung Duva  
JB-Tab. 0208

Stand: 31.12.2010



Auf eine Gesamteinwohnerzahl von 122.801 kommen in Ulm im Jahr 20.646 Ausländer. Am stärksten ist die Gruppe der 12 – 65jährigen, wobei die Spitze hier im Alter zwischen 21 und 48 Jahren liegt.

In der Ulmer Weststadt beträgt der Anteil der ausländischen Einwohner 23%, in Ulm Mitte leben 20,7% Ausländer, am Eselsberg 19,8%, Wiblingen folgt mit 16,2% und in der Oststadt sind 15,6% aller Einwohner ausländischer Herkunft.

Durch eine weitere Diversifizierung der Nationalitäten bilden „Andere“ nunmehr den größten Anteil an der Zahl der Ausländer (34%), 28% der ausländischen Ulmer sind türkischer, 21% jugoslawischer und 10% italienischer Nationalität.

## Material 5: Das „Ulmer Forum“ über ausländische Ulmer 1970 – 1984

Die Ulmer Volkshochschule veranstaltete am 5. Februar 1979 einen ersten „Türkischen Nachmittag“, der dem Kulturaustausch dienen sollte. Im „Ulmer Forum“, einer Zeitschrift der Universität Ulm, berichtet die Autorin Ruth Stiegel, dass die Veranstaltung überfüllt war – wobei sich die Zahl der türkischen und deutschen Besucher die Waage hielt. Auf dem Programm des Kulturnachmittags standen Vorträge türkischer Autoren, Dichterlesungen, Puppenspiele, Folkloretänze und musikalische Darbietungen.

Als in der Ulmer Donaustraße und am Ehinger Tor 1980 muslimische Gebetsräume eingerichtet wurden und in Ulm auch „ein erstes Auftreten verschleierter Frauen“ stattfand, versuchte Wolfgang Hess im „Ulmer Forum“, die dahinterstehenden Entwicklungen transparenter zu machen. Er interviewte den damals ersten Hodscha Ulms, den 34jährigen Mustafa Altinel, der über seine Tätigkeit, Aufgaben und Erfahrungen in Ulm berichtete.

Doch bereits 1970 hatte im „Ulmer Forum“ Barbara Hötte in ihrem Beitrag „Jeder 10. Ulmer ein Gastarbeiter“ auf die Probleme hingewiesen, denen ausländische Arbeitnehmer in Ulm ausgesetzt waren. Während auf dem Titel des UF das Klischee eines Türken mit dickem Schnauzer abgebildet war, ging es im Heft um alle „Fremd-“, „Gast-“, oder „ausländischen Arbeitnehmer“. Allein die verschiedenen kursierenden Bezeichnungen drückten laut Hötte schon die ambivalente Haltung der Deutschen gegenüber den „Anderen“ aus.

Ulm lag unter den 24 Arbeitsamtbezirken in Baden – Württemberg im Jahr 1970 an 15. Stelle bezogen auf die Zahl der Gastarbeiter. Diese waren häufig im Baugewerbe, z.B. bei der Firma Züblin beschäftigt. Von 3150 Arbeitnehmern der Firma Kässbohrer waren 395 Ausländer, der Anteil bei Telefunken lag um 45%.

Während im Arbeitsalltag bis auf sprachliche Missverständnisse überwiegend Zufriedenheit auf beiden Seiten herrschte, hatten Gastarbeiter große Probleme im Privatleben – etwa wenn es um Wohnräume ging. Telefunken war ein positives Beispiel: in dessen Wohnheimen lebten die vorwiegend männlichen Mitarbeiter in Zweibettzimmern mit „moderne(n) sanitäre(n) Einrichtungen, praktische(n) Kochgelegenheiten“ und es gab einen Aufenthaltsraum mit Farbfernseher.

Als negatives Gegenbeispiel waren die Baubaracken anzusehen: Für die firmeneigenen Unterkünfte wurden in Ulm zwischen 15 – 45 DM bezahlt, doch es gab keine Aufenthaltsräume oder Kochgelegenheiten, auch waren die sanitären Anlagen dürftig ausgestattet.

Noch größeren Schwierigkeiten sahen sich Ehepaare und Familien bei der Wohnungssuche ausgesetzt. Bei einer Befragung in Ulm gaben laut Hötte ein Drittel an, sie seien theoretisch bereit, an Ausländer zu vermieten, „wenn sie anständig sind“.

Eine Familie mit Säugling zahlte in Ulm für einen Kellerraum mit Nebenraum, welcher als Toilette und Abstellraum diente, 170 DM Miete im Monat; im Regelfall lebten zwei bis drei Personen in einem Zimmer welches preislich zwischen 100 – 160 DM lag.

Im Donautal gab es 1970 eine große Barackensiedlung, in welcher 2040 Ausländer untergebracht waren. Hier befürchtete die Stadt die Entwicklung eines Arbeiterghettos.

Auch 1984 befassten sich die Beiträge im „Ulmer Forum“ weiterhin schwerpunktmäßig mit der größten Gruppe ausländischer Ulmer: das türkisch – deutsche Theaterensemble Elele („Hand in Hand“) führte im ausverkauften Kornhaus das Stück „Rosen und Dornen“ von Nerset Erol auf.

Neben einem Bericht, der hinter die Kulissen der Aufführung blickte, erschien im selben Heft (Nr. 70) auch ein humoristischer Artikel von Metin Fakioglu, der in

„Null Bock auf Integration?“ von den großen und kleinen Missverständnissen erzählte, die zwischen seinen türkischen und deutschen Nachbarn passierten.

Aus: „Ulmer Forum“. Universität Ulm und Ulmer Universitätsgesellschaft e.V. (Hrsg).

Ulm: Ebner, Thielmann & Co KG

# studium generale

UNIVERSITÄT ULM

## Jugend und Gewalt - Innen und Außensichten

*Wenn nicht anders gekennzeichnet, beginnen die Veranstaltungen im Rahmen dieser Reihe um 19.30 Uhr im Hörsaal 106, Universität Ulm, Am Hochsträß 8.*

*Donnerstag, 27.05.1993*

**Prof. Dr. Walter Hornstein**

Universität der Bundeswehr, München

**Jugend - Gesellschaft - Gewalt**

**Zur Problematik des Rechtsextremismus und politisch motivierter Gewalt in der jungen Generation Deutschlands**

Diskussionsleitung: Prof. Dr. Guido Adler, Abt. Innere Medizin I

*Donnerstag, 03.06.1993*

**Dr. Karl-Christoph Kuhn**

Tübingen

**Fremdenhaß der Jugend - Ohnmacht der Kirchen?**

Diskussionsleitung: N.N.

*Montag, 14.06.1993*

**Prof. Dr. Kurt Möller**

Fachhochschule für Sozialwesen, Eßlingen

**Jugend und Rechtsextremismus - Soziale Hintergründe, geschlechtsspezifische Anfälligkeiten und pädagogische Perspektiven**

Diskussionsleitung: AOR Carmen Stadelhofer, Seminar für Pädagogik

*Donnerstag, 17.06.1993*

**Prof. Dr. Rainer Richter**

Abteilung Psychotherapie der Universität Ulm

**Gewaltbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit aus psychoanalytischer Sicht**

Diskussionsleitung: Prof. Dr. Helmuth Zenz, Abt. Medizinische Psychologie

*Mittwoch, 30.06.1993, 17.00 - 22.00 Uhr*

**Gewalttätig ist nur der andere?**

**Gespräche am Hochsträß unter Mitwirkung von Psychotherapeuten, Sozialarbeitern, Streetworkern und anderen.**



**Prof. Dr. Walter Hornstein**

Universität der Bundeswehr, München

**Jugend - Gesellschaft - Gewalt**

**Zur Problematik des Rechtsextremismus und politisch motivierter Gewalt in der jungen Generation Deutschlands**

Im Zusammenhang mit ausländerfeindlichen Ausschreitungen, den gegen Asylbewerber-Unterkünften gerichteten Brandanschlägen und generell mit politisch motivierter Gewalt, wie sie sich in den letzten Jahren gezeigt hat, ist in der Öffentlichkeit mit besonderer Aufmerksamkeit registriert worden, daß an solchen Aktivitäten besonders junge Leute beteiligt waren.

Aber schon die Tatsache, daß derartige Aktionen in vielen Fällen vom Beifall der Erwachsenen begleitet wurden, weist darauf hin, daß Rechtsradikalismus und politisch motivierte Gewalt kein "Jugend"-Problem darstellen, sondern daß es sich hier um eine Problematik handelt, die ihre Wurzeln in tiefliegenden Schichten der politischen Geschichte und Verfassung unserer Gesellschaft hat und daß es einen "alltäglichen Rechtsradikalismus" gibt, der die beschriebenen Aktionen speist.

Der Vortrag versucht, diese Zusammenhänge auf der Grundlage neuer Studien zum "Gewaltpotential" sichtbar zu machen und Perspektiven einer problemangemessenen gesellschaftlich-politischen Thematisierung der Problematik zu entwickeln.

Diskussionsleitung: Prof. Dr. Guido Adler, Abt. Innere Medizin I

**Dr. Karl-Christoph Kuhn**

Tübingen

**Fremdenhaß der Jugend - Ohnmacht der Kirchen?**

Nach Angaben des bayerischen Verfassungsschutzberichtes von 1991 waren von bundesweit erfaßten 559 Brandanschlägen 334 gegen Asylbewerber und andere Ausländer gerichtet. Mit einer ähnlichen "beschämenden Entwicklung" (E.Stoiber) wurde auch 1992 gerechnet. Ein Blitzlicht auf die Haltung von Jugendlichen wirft dabei eine Meldung der Nachrichtenagentur AP vom 25. Juni 1992: "Die Ausländerfeindlichkeit bei brandenburgischen Jugendlichen nimmt zu. Nach einer Studie bejahen 30% Gewalt gegen Ausländer. Jeder zweite befürchtet, daß Deutschland von Ausländern überschwemmt wird. 42% wollen ein Deutschland ohne Ausländer und 38 % sehen sie als die Schuldigen an der Arbeitslosigkeit".

Gleichzeitig zeigt sich "innerhalb der Kirche folgende Schizophrenie: Wenn Missionswerke und kirchliche Entwicklungsdienste zu Solidarität und Hilfe in der Dritten Welt aufrufen, dann ist ein großes Hilfspotential vorhanden. Tauchen aber diese gleichen Menschen bei uns auf, dann herrscht Angst, Aversion und sichtbare Aggression" (Th. Reuther, Abteilungsleiter des Diözesan-Caritasverbandes Rottenburg-Stuttgart).

Welchen Weg aus solcher im Fremdenhaß sich entladenden Existenzangst / inneren Sinnleere vermögen die Stellungnahmen speziell der katholischen Kirche zu weisen? (Päpstliches Dokument: "Flüchtlinge gestern und heute." vom 30.10.92, Erklärung der Deutschen Bischöfe "zur Flüchtlings- und Asylproblematik" auf ihrer Herbstvollversammlung, neue diözesane Leitlinien zur Jugendpastoral). Welche Verhaltenssignale gehen von der innerkirchlichen Behandlung von Neuem / Fremdem aus? (etwa gegenüber Andersgläubigen, neuen theologischen Erkenntnissen, Forderung der Frauenordination, Ehescheidung, "Pille", Abtreibung, Priesterheirat, Kirchensteuerverweigerung). Welche grundlegende Kirchenreform ("aggiornamento") ist unumgänglich, damit die Jugend Kirche nicht verstärkt als in ihrer Lebenswelt inkommunikable Fremdstruktur (communio hierarchica), sondern als zunächst innerkirchlich gelebte und im Glauben überbietend energierte Menschenrechtsüberzeugung des "Volkes Gottes" erfahren kann?

Solche Fragen stehen im Mittelpunkt dieses Vortrages und laden alle Teilnehmer zur anschließenden Diskussion ein.

Diskussionsleitung: N.N.

**Prof. Dr. Rainer Richter**

Abteilung Psychotherapie der Universität Ulm

**Gewaltbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit aus psychoanalytischer Sicht**

Beängstigende Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit, vom Auto-Crash bis hin zu Mord, in Ost und West, gegenüber Minderheiten aber auch gegen sich selbst, gepaart mit Fremdenfeindlichkeit und pseudopolitischen Provokationen gefährden das geregelte und geordnete Zusammenleben in diesem Staat. Muß nicht angesichts dieser Erschütterungen gleichwohl von einer neuen Jugendbewegung gesprochen werden, auch wenn diese sich nicht unmittelbar gegen die Elterngeneration richtet? In Zeiten des Wandels überlieferter und gewohnter Werte war es immer die Jugend, die zuerst rebellierte und damit die Angst vor der phantasierten Auflösung und dem befürchteten Identitätsverlust warnend artikulierte, lange bevor sich die breite Masse dieser Ängste und Gefahren bewußt wurde.

Wenn dem so ist, dann sollte der gegenwärtige gewalttätige und fremdenfeindliche Aufmarsch einiger Jugendlicher nicht nur bekämpft werden. Er müßte dann auch als Warnung davor verstanden werden, was uns bevorsteht, wenn breitere Bevölkerungsgruppen die Kränkungen ihres Selbstwertgefühls artikulieren und ihre als gefährdet erlebte Identität durch die Inszenierung von körperlicher Gewalt zu reparieren versuchen: Mord und Totschlag waren zu allen Zeiten auch der verzweifelte Versuch gegen die verheerenden Ängste anzukämpfen, die mit der phantasierten Selbstauflösung verbunden sind.

Diskussionsleitung: Prof. Dr. Helmuth Zenz, Abt. Medizinische Psychologie

**Ulmer Aktionstage gegen Ausländerfeindlichkeit 1993: Programm des Studium Generale (StA Ulm, Nachlass Kienle Nr. 35)**

## Aktionskreis Ulmer Kultur- und Weiterbildungsträger

Kontaktadresse: **vhulm**  
EinsteinHaus  
Kornhausplatz 5  
7900 Ulm  
Info-Telefon: 0731/1530-40  
Ulm, den 8.3.93

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,  
wie Sie vielleicht schon aus der örtlichen Presse wissen, findet am

**Samstag, dem 27. März 1993 ab 11.00 Uhr**

im Rahmen der Aktionstage "Mut zum Handeln" unter der Schirmherrschaft von  
Oberbürgermeister Ivo Gönner eine Menschenkette statt unter dem Motto:

**"Mut zum Handeln - für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit".**

Veranstalter ist der Aktionskreis Ulmer Kultur- und Weiterbildungsträger, in dem  
u.a. die Frauenbeauftragte der Stadt Ulm, Vertreter der Stadtverwaltung, der ev.  
und der kath. Kirche, der Gewerkschaften, der Schulen, der Stadtbibliothek, der  
Kontaktstelle für ausländische MitbürgerInnen, der Industrie- und Handelskammer  
Ulm, der Familienbildungsstätte, des Weltladens, des Stadtjugendrings Ulm und  
des Kreisjugendrings Neu-Ulm, des Ulmer und des Neu-Ulmer Theaters, des  
Museums, der Ulmer Volkshochschule sowie von Roxy und kontiki mitarbeiten.

Es ist vorgesehen, ausgehend von den folgenden sechs Auftaktpunkten eine  
Menschenkette vom Rathaus Neu-Ulm bis zum Karlsplatz zu bilden.

- 1. Karlsplatz:** (betreut vom Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg,  
Dr. Silvester Lechner, Tel. 0731/602 26 42 - bitte aufs  
Band sprechen! -: Grüne, TATORT, BUND,  
Naturfreunde)
- 2. Justizgebäude:** (betreut von der Ulmer Volkshochschule, Lothar  
Heusohn, Tel. 0731/1530-24): SchülerInnen,  
LehrerInnen, evtl. Stadtjugendring, Uni und FH
- 3. Schuhhausplatz:** (betreut vom Ulmer Museum/Verb.Bildender Künstler,  
Myrah Adams, Tel. 0731/161-4356): Künstler, kath.  
Kirchengemeinden, Familienbildungsstätte, Deutsch-  
Finnische-Gesellschaft, Weltladen, IG Rock
- 4. Rathaus Ulm:** (betreut vom DGB, Karl-Heinz-Becker, Tel. 0731/63589):  
Gewerkschaften, Stadtverwaltung Ulm, evang.  
Kirchengemeinden

**5. Insel:** (betreut vom Kreisjugendring Neu-Ulm, Michael Dieterle, Tel. 0731/76616): Theater Neu-Ulm, Kreisjugendring Neu-Ulm, Bürger Pro Neu-Ulm

**6. Rathaus Neu-Ulm:** (angefragt:) Parteien, Schüler, Gewerkschaften, Stadtverwaltung Neu-Ulm

An diesen sechs Plätzen soll ab 11 Uhr ein kleines kulturelles Programm stattfinden und folgender Aufruf verlesen werden:

**"Die Würde des Menschen ist unantastbar."**  
(Artikel 1 des Grundgesetzes)

Realität 1993: Die Würde des Menschen ist antastbar. Sie wird täglich verletzt durch Ausgrenzung, Gewalt und Haß. Rechter Mob auf den Straßen, gleichgültige oder gar beifallklatschende "rechtschaffene" Bürger, allein 1992 über 800 verletzte Ausländer und 17 Tote.

Das Totschlagwort "Asylmißbrauch" verunglimpft Flüchtlinge, die schutzsuchend zu uns kommen. Die Wirklichkeit steht auf dem Kopf: Unsere Republik wird als ein von "Fremdenflut" und Ruin bedrohtes Land dargestellt. Tatsache ist: Wir leben trotz aller Vereinigungsprobleme in einem der reichsten demokratisch verfaßten Industriestaaten der Welt - mit dem aus unserer besonderen Geschichte begründeten Gebot eines liberalen Asylrechts.

"Betroffenheit" reicht nicht mehr. Es gilt, ein offenes, ein ehrliches, ein fremdenfreundliches Land zu erstreiten. Geboten sind andere Umgangsformen und eine demokratische Kultur. Unsere Zivilcourage muß dem Haß und der Gewalt ein Ende bereiten. Das Asylrecht darf nicht dem Biertisch-Dumpf und der Stimmungsmache rechter Schläger geopfert werden. Statt des Nationalitätenbegriffs aus dem Kaiserreich brauchen wir ein neues Staatsbürgerrecht mit dem Rechtsanspruch der ausländischen Bürger/innen auf doppelte Staatsbürgerschaft. In unseren Städten muß **allen** Bürger/innen das kommunale Wahlrecht eingeräumt werden.

"Deutsche! ... Beweist durch die Tat, dass Ihr anders denkt! ... Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den Ihr um Euer Herz gelegt! Entscheidet Euch, eh' es zu spät ist! ... Freiheit der Rede, Freiheit des Bekenntnisses, Schutz des einzelnen Bürgers vor der Willkür .... das sind die Grundlagen des neuen Europa."  
(5. Flugblatt der "Weißen Rose", Januar 1943)

Ausgehend von den sechs Auftaktpunkten soll dann die Kette um 12.30 Uhr stehen.

**Route:**  
**Karlsplatz - Ecke Einsinger- bis Olgastraße - Justizgebäude - durch den Park Richtung Hafenbad - Hafenbad - Kramgasse - Rathaus Ulm - Marktplatz - Herdbruckerstraße - Herdbrücke - Insel - Marienplatz - Rathaus Neu-Ulm.**

Aufgefädelt wird die Kette vom **Karlsplatz Richtung Hafenbad - Herrenkellergasse - Pfauengasse - Stadthaus** und aus Neu Ulm über **Herdruckerstraße - Kronengasse - Lautenberg zum Münsterplatz, um sich dann um das Ulmer Münster zu schließen.**

Wenn Sie diese Aktion unterstützen und sich beteiligen wollen, geben Sie uns bitte schriftlich mit dem untenstehenden Abschnitt oder telefonisch unter der Nr. 0731/1530-40 Bescheid. Sie könnten sich auch gleich einen Auftaktpunkt heraussuchen. Natürlich wäre es auch sehr schön, wenn Sie sich mit einem kleinen Programm (Musik, einer kurzen Lesung o.ä.) beteiligen würden; für diesen Fall bitten wir Sie, gleich die für den jeweiligen Auftaktpunkt zuständige Kontaktperson anzurufen. Wir würden uns freuen, wenn es eine möglichst bunt gemischte Kette aller Nationalitäten und Altersstufen gibt mit Luftballons, Transparenten und Musik!

Das nächste Treffen des Aktionskreises findet statt am

**Montag, dem 15. März 1993, 14.30 Uhr in der vh, EinsteinHaus.**

Von diesem Termin an gibt es auch Plakate und Werbematerial in der vh.

Mit den besten Grüßen

gez. Peter Langer      gez. Markus Kienle



-----  
(bitte abtrennen und zurück an **vh**Ulm, EinsteinHaus, 7900 Ulm)

.....  
(Institution, Verein, Verband, Betrieb pp.)

Wir beteiligen uns an der Menschenkette vom 27.3.93

◇ am Auftaktpunkt .....

◇ mit Programm

◇ ohne Programm

◇ Mit Veröffentlichung unserer Teilnahme sind wir einverstanden:

◇ Ja      ◇ Nein

◇ Sonstiges: .....

Ulm/Neu-Ulm, den      März 1993      .....

**Ulmer Aktionstage gegen Ausländerfeindlichkeit 1993: Einladung zur Menschenkette am 27. März 1993 (StA Ulm, Nachlass Kienle Nr. 35)**



**Notiz:**

Auf die Veröffentlichung in der SWP kamen bisher 10 Anrufe mit teilweise wüsten Beschimpfungen und Drohungen, teilweise auch längere Gespräche mit zumeist älteren Leuten, aus denen neben den bekannten Argumenten (kein Mensch ist ausländerfeindlich..., Ihr redet uns das bloß ein ..., Ihr treibt uns Ältere alle zu den Republikanern, ... was soll das, Ihr erreicht doch nur das Gegenteil ... Ich habe nichts gegen Ausländer, aber ... Wir waren kürzlich in Not, niemand hat für uns Deutsche etwas getan, aber bei den Ausländern schreit Ihr gleich ...Es wird viel zuviel darüber geredet ... Mit solchen Aktionen verärgert Ihr die Leute ...) auch große irrationale Ängste sprachen, gegen die ich mit Argumenten wenig ausrichten konnte. Ein Anrufer wünschte sich Teilnahme von ausländischen Gruppen mit Transparenten wie: "Mir gefällt Ulm", "Ich lebe (arbeite ... o.ä.) gern hier" o.ä.

Angemeldet zum Mitmachen haben sich bisher

x - Manfred Eger (Kommunisten für Punkt 4. und Bund der Verfolgten des Naziregimes für Punkt 6)

✓ "Frauen helfen Frauen" (Aufruf geschickt)

x SPD Ulm und Jusos (Herrn Svensson Aufrufe gebracht)

x MAULWURV (Punkt 5)

✓ Frauenakademie (Punkt 2) - wachet Trauerfest.

x - FWO - Marktplatz  
x - Spielstadt

o Grüne TADB

(R. Hof 1)

Mit Herrn Grimm vom Personalrat der Stadtverwaltung Neu-Ulm habe ich gesprochen, unseren Aufruf angekündigt und ihn gebeten, um Teilnahme zu werben.

Mit Pfarrer Dr. Maier von der Kath. Kirche Neu-Ulm habe ich telefoniert. Er ist damit einverstanden, daß wegen des Wochenmarktes der Auftaktpunkt 6 auf seinen Kirchenvorplatz verlegt wird. Er wird auch die Veranstaltung ankündigen in den Gottesdiensten ankündigen lassen.

Mit Herrn Güttinger (Leiter des Gospelchors der ev. Kirche NU) habe ich wg. d. Programmes gesprochen, er will versuchen, seine Leute zum Mitmachen zu bewegen, möchte sie aber nicht überfordern. Er gibt uns Bescheid. Den Aufruf habe ich ihm geschickt.

x DGB NU ist informiert. Markt Bergstr. Mo. ab.  
Ulm, 12.3.93 Ro

Ulmer Aktionstage gegen Ausländerfeindlichkeit 1993: Auszug aus Notiz der Organisatoren betreffend öffentliche Reaktionen zur Menschenkette

(StA Ulm, Nachlass Kienle Nr. 35)

Material 7: Der Fall Buskawoda – Mietwucher in Ulm. Auszug aus der Niederschrift über die Verhandlung des Verwaltungsausschusses des Gemeinderates vom 3. April 1962 (StA Ulm, B 122/30 Nr 1)

§ 219

Zustände im Gebäude Schülinstraße 12 und Fragen der Unterbringung von Ausländern

Stadtrat Dr. Mann bat vor einiger Zeit, daß sich der Verwaltungsausschuß mit den Klagen über unerfreuliche Zustände in dem Miets- haus Schülinstraße 12 befassen solle. Vor einiger Zeit ist auch in der Tageszeitung über angeblich überhöhte Mietzinse in diesem Haus berichtet worden.

Der Verwaltungsausschuß ließ sich vom Leiter des Amts für öffentliche Ordnung über dieses Gebäude schon am 31. Januar 1961 - Niederschrift § 61- berichten und dessen heutiger Bericht deckt sich im wesentlichen mit dem damaligen. Es handle sich um das Gebäude der früheren Firma Trikotwarenfabrik Ulma GmbH, das der aus Polen stam- mende Kaufmann Jezaja Buskawoda erworben und als Appartementhaus mit etwa 70 Zimmern eingerichtet habe. Anstände hätten sich bald wegen der Höhe der von Buskawoda geforderten Mieten ergeben: Die Zimmer sind mit zwei Betten, dem üblichen Mobiliar und fließend Wasser aus- gestattet, die Bettwäsche stellt der Vermieter. Er verlangt je Bett und Monat 65 DM Miete, für ein Zimmer somit monatlich 130 DM. Dazu kommt ein monatlicher Reinigungszuschlag von 10 DM je Raum und in der kalten Jahreszeit ein Heizungszuschlag von 1 DM täglich. Inse- samt kostet ein Zimmer monatlich etwa 150 bis 170 DM. Strafverfahren wegen dieser Mietforderungen seien bereits anhängig. Die Staatsan- waltschaft habe das Amt für öffentliche Ordnung zu einem Gutachten über die zulässige Höhe der Mieten aufgefordert, sie habe aber auch bereits bestätigt, daß wahrscheinlich von Mietwucher nicht gespro- chen werden könne. Ohne Zweifel habe Buskawoda sehr viel Geld in dem Haus investiert, er habe aber trotz Versprechens dem Amt für öffentliche Ordnung seine Aufwendungen noch nicht nachgewiesen, was notwendig sei, um die zulässige Kostenmiete zu ermitteln. Die Räume würden von einer Reihe von Familien mit zwei bis fünf Personen und von Einzelstehenden bewohnt, und zwar von deutschen und überwiegend von ausländischen Arbeitern. Unlängst sei das Gebäude von Vertre- tern des Staatlichen Gesundheitsamts, des Baurechtsamts, der Feuer- wehr und des Amts für öffentliche Ordnung besichtigt worden, weil in der Presse geschrieben worden sei, die Unterkünfte seien verwehr- lost und verwandt. Gravierende Mängel hätten bei der Besichtigung nicht festgestellt werden können. Natürlich seien die Räume nicht mit den Zimmern eines guten Hotels zu vergleichen, ihre starke Abnutzung sei ohne Zweifel auf die Gewohnheiten der Bewohner und deren starken Mieterwechsel zurückzuführen. Zu beanstanden seien einige Mängel feuer- und sicherheitspolizeilicher Art gewesen und daß Räume im Dachgeschoß von nur 2 m bis 2,10 m Höhe als Wohnraum benutzt werden. Der Hauseigentümer habe die Auflage erhalten, diese Mängel zu be- seitigen. Unsittliche Zustände seien nicht festgestellt worden.

BG/OR

H

16. Apr 1962

zu den Akten

Az.

122/3

Die Aussprache über den Bericht leitet Stadtrat Ruess mit der Bemerkung ein, man könne über die Sache denken wie man wolle und er wolle auch nichts beschönigen. Tatsache sei, daß mindestens die Hälfte der Hausbewohner Ausländer seien. Wo würden sie unterkommen, wenn Buskawoda sie nicht in sein Haus aufnehme? Sonst habe sich, von der Bereitstellung von Massenunterkünften abgesehen, noch niemand gefunden, der Unterkünfte für ausländische Arbeiter schafft. Vom Arbeitgeberstandpunkt aus müsse man eigentlich froh sein, daß im Hause Schülinstraße 12 Unterkunftsmöglichkeit vorhanden sei. Bei der starken Abnutzung der Räume sei es auch verständlich, daß sich der Vermieter entsprechende Mietzinse zahlen lasse. Stadtrat Beck erklärt dazu, er bedauere, daß die Stadt das Gebäude Schülinstraße 12 nicht erworben habe. Tatsache sei, daß die Mieter dieses Hauses übernommen werden, selbst wenn die starke Abnutzung der Räume berücksichtigt werde. Er halte es für eine Verpflichtung der Stadt, im Zusammenwirken mit den Arbeitgebern der ausländischen Arbeiter diesem schlaun Hausbesitzer und Rechner in Form anderer Unterkünfte für ausländische Arbeiter etwas entgegenzusetzen. Er denke dabei an den Bau von Einfachstwohnungen. Einige Stadträte raten auch, das Amt für öffentliche Ordnung solle sich zur Prüfung und Ermittlung der Kostenmiete im Hause Schülinstraße 12 nicht nur die Baukostenrechnungen, sondern auch die Quittungen vorlegen lassen, denn es sei bekannt, daß eine Reihe von Handwerkern Prozesse gegen den Hauseigentümer angestrengt haben, weil er ihre Forderungen nicht begleicht und zwar offenbar nicht aus Zahlungsunfähigkeit. Auch solle geprüft werden, ob er nicht als lästiger Ausländer ausgewiesen werden könne.

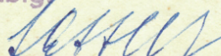
Der Oberbürgermeister antwortet, die Schwierigkeiten lägen darin, daß es sich bei dem Haus Schülinstraße 12 um einen Grenzfall handle. Wenn auch alles, was gegen den Hauseigentümer vorgebracht werden könne, nicht vergessen sein solle, müsse man doch bedenken, daß die Mieten für seine Zimmer knapp 3 DM täglich betragen, ein Preis, der sich nicht allzusehr von den gegenwärtigen Preisen für möblierte Zimmer unterscheide. Auch werde es nicht leicht sein, ihn als unerwünschten Ausländer abzuschieben (Buskawoda soll staatenlos sein). Zur Unterbringung ihrer ausländischen Arbeiter hätten hiesige Firmen manches getan. Die Stadt schaffe Wohnungen im sozialen Wohnungsbau und Unterkünfte für Obdachlose. Zum Vorschlag des Stadtrats Beck müsse man sich aber fragen, ob es die kommunale Aufgabe nicht überschreite, auch für ausländische Arbeiter mit städtischen Mitteln Unterkünfte zu bauen. Er glaube, es verneinen zu müssen.

Stadtrat Beck bestätigt, der Verwaltungsausschuß werde das Problem der Unterbringung ausländischer Arbeiter nicht ohne weiteres lösen können. Es müsse aber überlegt werden, wie geholfen werden könne. Der Oberbürgermeister werde recht haben in seiner Auffassung, daß es die kommunale Aufgabe übersteige. Es bestehe aber in allen Städten und deshalb sollte über den Deutschen Städtetag mit Ländern und Bundesrepublik Verhandlungen zu einer Lösung aufgenommen werden, auch könnten die ausländischen Konsulate eingeschaltet werden, die an der Unterbringung der Angehörigen ihres Landes interessiert sein müssen.

Mit der Zusage des Oberbürgermeisters, die Entwicklung werde weiter beobachtet und in etwa vier Monaten werde dem Verwaltungsausschuß wieder berichtet, wird die Aussprache abgeschlossen.

-----  
Diesen Auszug beglaubigt

Ratschreiber



In den Jahren 1963 – 65 schlug der Fall des J. Buskowoda in Ulm hohe Wellen. In zahllosen Artikeln der lokalen Presse, aber auch im Spiegel wurde über die Zustände im Mietshaus Schülinstraße 12 berichtet. In der Presse wurde von Monatsmieten zwischen 265 – 345 DM für ein 13 qm großes Zimmer in einem heruntergewirtschafteten, überfüllten Gebäude berichtet. Schwäbische Donau – Zeitung und Neu – Ulmer Zeitung erhielten regelmäßig Leserbriefe zum Thema, in den Kommentaren der Redakteure wurde Staatsanwaltschaft und Stadtverwaltung der Vorwurf gemacht, nicht ausreichend gegen die beschriebenen Zustände vorzugehen.

Am 10. November 1965 wurde Buskovoda wegen „fortgesetztem Mietwucher und Kuppelei“ der Prozess gemacht, er wurde zu Geldstrafe verurteilt.

## **Material 8: Aktivitäten Ulmer internationaler Kulturvereine: Zwei Beispiele**

(StA Ulm, G 6 IV 7.3.4, G 6 XIII 2.54)

### **Der Deutsch – Indische Verein „Pratik“**

Der 1978 gegründete Verein hatte es sich zum Ziel gemacht, den Austausch zwischen indischer und deutscher Kultur zu pflegen. „Pratik“ veranstaltete zahlreiche Vorlesungen indischer Autoren, zeigte Dokumentarfilme, organisierte Ausstellungen indischer Kunst und hielt Kochkurse ab.

Der Verein gab in regelmäßigen Abständen die Zeitschrift „Pratik“ heraus, in der neben Gedichten und Rezepten über indische Festtage, Religion und Kultur berichtet wurde. Der Mitgliedsbeitrag für den Verein betrug 30 DM im Jahr.

### **Die Deutsch – Finnische Gesellschaft Ulm**

Die Deutsch – Finnische Gesellschaft Ulm wurde am 23. März 1982 als 9. Bezirksgruppe gegründet, die Mitgliederzahl lag 1998 bei 70. Der erste deutsche Verband gründete sich bereits 1952 in Bayern. Der internationale Dachverband zählt 8000 Mitglieder, davon 1200 in der BRD.

Die Veranstaltungen in Ulm sind vielfältig: 1983 lud die Gesellschaft das Streichquartett "Finlandia" ein, das im Wiblinger Bibliothekssaal und in der Langenauer Martinskirche auftrat. Im Jahr 1998 gab es Bestrebungen, kulturelle Kontakte mit Finnland über das Internet auszubauen, ein Schüleraustausch sollte gefördert werden. Seit dem Januar 2000 gab es eine finnische Sprachschule, welche sich an die Kinder aus gemischten Ehen wandte. 2004 zählte die Ulmer Gesellschaft 82 Mitglieder, die sich in den Stifterstuben zu einem regelmäßigen Stammtisch trafen und gemeinsame Feste zu den traditionellen Feiertagen wie Weihnachten und Mittsommer feierten.

Material 9: Fotos



Ankunft und Verteilung italienischer Gastarbeiter auf dem Ulmer Bahnhof 1955

(StA Ulm, G 7/3.1)



Wohnwagensiedlung zur Unterbringung italienischer Gastarbeiter in Neu-Ulm 1960

(StA Ulm, G 7/3.1)